

Verein zur Förderung der Frauenpolitik in Deutschland e.V.
Geschäftsstelle der BAG Brunnenstraße 128 13355 Berlin

GKV-Spitzenverband

Mittelstraße 51

10117 Berlin

Berlin, den 18.12.12

Übernahme von Kosten der Familienplanung

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen setzt sich dafür ein, dass die Kosten für ärztlich verordnete Verhütungsmittel für alle gesetzlich Versicherten von den gesetzlichen Krankenkassen übernommen werden.

1994 hat die Internationale Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung in Kairo erstmals jedem Menschen das Recht auf Zugang zu Aufklärung und Familienplanung, Schutz vor HIV/Aids sowie zu Gesundheitsversorgung rund um Schwangerschaft und Geburt zuerkannt.

Damit garantiert auch Deutschland jeder Bürgerin und jedem Bürger, die Familienplanung individuell zu bestimmen. Dieses Menschenrecht ist mittlerweile jedoch in Deutschland wieder beschnitten worden.

Die gesetzlichen Krankenkassen finanzieren zwar die Beratung, Untersuchung und Verordnung von empfängnisregelnden Mitteln, die Kosten für ärztlich verordnete, empfängnisverhütende Mittel werden allerdings nur bis zur Vollendung des 20. Lebensjahres übernommen. Besonders empfindlich trifft diese Regelung Menschen, die zur Sicherung ihres Unterhaltes staatliche Leistungen erhalten oder ein geringes Einkommen haben. Sie haben keine Möglichkeit, einen Antrag auf Kostenübernahme ärztlich verordneter Verhütungsmittel zu stellen.

Sprecherinnengremium

Roswitha Bocklage
Stadt Wuppertal
Leiterin der Gleichstellungsstelle
für Frau und Mann
Johannes-Rau-Platz 1
42275 Wuppertal
Tel 0 20 2 – 5 63 53 70
Fax 0 20 2 – 5 63 84 91
roswitha.bocklage@stadt.wuppertal.de

Petra Bormann
Stadt Delmenhorst
Gleichstellungsbeauftragte
Rathausplatz 1
27749 Delmenhorst
Tel 0 42 21 - 99 11 87
Fax 0 42 21 - 99 14 11 87
petra.bormann@delmenhorst.de

Heidrun Dräger
Landkreis Ludwigslust-Parchim
Beauftragte für Gleichstellung
und Migration
Putlitzer Straße 25
19370 Parchim
Tel 0 38 71 - 7 22 22 0
Fax 0 38 71 - 7 22 22 39 0
h.draeger@ludwigslust.de

Beate Ebeling
Stadt Wolfsburg
Gleichstellungsbeauftragte
Porschestraße 49
38440 Wolfsburg
Tel 0 53 61 - 28 27 62
Fax 0 53 61 - 28 21 12
beate.ebeling@stadt.wolfsburg.de

Katrin Morof
Landkreis Helmstedt
Gleichstellungsbeauftragte
Südertor 6
38350 Helmstedt
Tel 0 53 51 - 1 21 12 12
Fax 0 53 51 - 1 21 16 26
gleichstellungsbeauftragte@
landkreis-helmstedt.de

Carmen Munoz-Berz
Stadt Waldbröl
Gleichstellungsbeauftragte
Theodor-Storm-Straße 6
51545 Waldbröl
Tel 0 22 91 – 90 81 15
Fax 0 22 91 – 90 81 55
carmen.munoz-berz@waldbroel.de

Gabriele Wenner
Stadt Frankfurt am Main
Leiterin des Frauenreferates
Hasengasse 4
60311 Frankfurt am Main
Tel 0 69 – 21 23 63 62
Fax 0 69 – 21 23 07 27
gabriele.wenner@stadt-frankfurt.de

Da auch die Preise für Verhütungsmittel ständig steigen, hat sich die Lage zusätzlich verschärft. Teure und nachhaltige Methoden, wie Sterilisation und Hormonspirale sind für viele überhaupt nicht mehr finanzierbar. Dagegen werden häufig vermehrt unsichere Verhütungsmethoden praktiziert, so dass von einer erhöhten Zahl ungewollter Schwangerschaften auszugehen ist. In diesem Zusammenhang erscheint die – grundsätzlich begrüßenswerte – Übernahme der Kosten für eine Abtreibung durch die Krankenkassen (bei straffreiem Schwangerschaftsabbruch und wenn die Frauen die Kosten für den Eingriff nicht selbst tragen können) wie eine Verhöhnung der Betroffenen.

Wir wissen um die finanzielle Situation der gesetzlichen Krankenkassen und die hohen Kosten, die eine „kostenfreie Pille für alle“ bedeuten würde. Dennoch halten wir es für unhaltbar, dass in der Bundesrepublik Verhütung vom sozialen Status abhängig ist.

Das Menschenrecht auf individuelle Familienplanung und damit auf eine freie Wahl der Verhütungsmethode, die größtmögliche Sicherheit bietet und individuell gesundheitlich verträglich ist, muss für alle garantiert sein.

Wir fordern Sie daher auf, die kostenfreie Übernahme von ärztlich verordneten, empfängnisverhütenden Mitteln in den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen aufzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Beate Ebeling und Petra Borrman
Für die Bundessprecherinnen